

Inhalt

	Seite
Vorwort des Herausgebers	V
Abkürzungen	XXIX
Teil 1: Urlaubsrecht	1
A Einführung	3
I. Historische Entwicklung	3
II. Rechtsgrundlagen des Anspruchs auf Erholungsurlaub	3
1. BUrlG	3
2. Urlaubsrechtliche Regelungen im Gebiet der ehemaligen DDR	4
3. Andere gesetzliche Regelungen	4
4. Tarifvertragliche und einzelvertragliche Regelungen	5
a. Abweichungen zugunsten des Arbeitnehmers	5
b. Abweichungen zuungunsten des Arbeitnehmers	5
c. Ergänzende Anwendung der Grundsätze des BUrlG	6
5. Internationale Abkommen	6
a. IAO-Übereinkommen Nr 132	6
b. Regelungen der EU	8
B Persönlicher Geltungsbereich des BUrlG	9
I. Begriff des Arbeitnehmers	9
1. Abgrenzung zum Werkunternehmer	9
2. Abgrenzung zum freien Dienstvertrag	10
a. Objektiver Geschäftsinhalt der Vertragsbeziehung	10
b. Persönliche Abhängigkeit	10
c. Andere Abgrenzungsmerkmale	11
II. Einzelfälle	12
1. Teilzeitarbeitsverhältnisse	12
2. KAPOVAZ-Arbeitsverhältnisse	12
3. Job-Sharing-Arbeitsverhältnisse	13
4. Nebenbeschäftigung	13

	Seite
5. Aushilfsarbeitsverhältnisse	14
6. Doppelarbeitsverhältnisse	14
7. Berufsausbildungsverhältnisse	15
8. Leiharbeitsverhältnisse	16
9. Mittelbare Arbeitsverhältnisse	16
10. Probearbeitsverhältnisse und befristete Arbeitsverhältnisse	17
11. Öffentlicher Dienst	17
12. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	18
13. Ausländische Arbeitnehmer	18
a. Grundsatz	18
b. Staatsangehörige der EU-Mitgliedstaaten	18
c. Staatsangehörige anderer Staaten	18
d. Rechtswahl der Vertragsparteien	19
14. Arbeitsverhältnisse zwischen Familienmitgliedern	19
15. Leitende Angestellte	20
III. Nichtige und anfechtbare Arbeitsverhältnisse	20
1. Nichtige Arbeitsverhältnisse	20
2. Anfechtbare Arbeitsverhältnisse	21
IV. Nicht erfaßter Personenkreis	21
1. Öffentlich-rechtliche Rechtsverhältnisse	21
2. Gesetzliche Vertreter juristischer Personen	21
3. Tätigkeit aus religiösen oder karitativen Beweggründen	21
4. Beschäftigung auf öffentlich-rechtlicher Grundlage	22
5. Selbständige	22
V. Arbeitnehmerähnliche Personen	23
1. Wirtschaftliche Abhängigkeit	23
2. Abgrenzung zum Selbständigen	23
3. Handelsvertreter	24
4. Freie Mitarbeiter	25
VI. Unabdingbarkeit	25

	Seite
C Urlaubsanspruch nach dem BUrlG	27
I. Allgemeines	27
1. Kalenderjahr als Urlaubsjahr	27
2. Andere Formen der Freistellung	27
3. Abgrenzung zum Annahmeverzug des Arbeitgebers	28
II. Inhalt des gesetzlichen Urlaubsanspruchs	28
1. Anspruch auf Beseitigung der Arbeitspflicht	28
2. Nebenpflicht des Arbeitgebers	29
3. Lehre vom Einheitsanspruch	30
III. Zweck des Erholungsurlaubs	32
1. Gesetzgeberisches Motiv	32
2. Erholungsbedürfnis des Arbeitnehmers	32
IV. Privatrechtlicher Anspruch	34
V. Befristung des Urlaubsanspruchs	34
VI. Unabdingbarkeit	34
1. Verzicht, Vergleich	35
2. Tatsachenvergleich	35
3. Tarifvertragliche Urlaubsansprüche	36
4. Urlaubsansprüche aufgrund Betriebsvereinbarungen	36
5. Einzelvertragliche Urlaubsansprüche	36
6. Tatsächliche Arbeitsleistung als Anspruchsvoraussetzung	37
VII. Nichtübertragbarkeit des Urlaubsanspruchs	37
1. Vererblichkeit des Urlaubsanspruchs	37
2. Abtretbarkeit des Urlaubsanspruchs	38
3. Pfändbarkeit des Urlaubsanspruchs	38
4. Aufrechnung	38
VIII. Rechtsmißbrauch	39
1. Arbeitsunfähigkeit und Erfüllbarkeit des Urlaubsanspruchs	39
2. Rechtsprechung des BAG seit dem Urteil vom 28. 01. 1982	40
3. Frühere Rechtsprechung	40
4. Kritik an der neueren Rechtsprechung	41

	Seite
IX. Verjährung, Ausschlußfristen	42
1. Verjährung	42
2. Ausschlußfristen	43
a. Tarifvertragliche Ausschlußfristen	43
b. Einzelvertragliche Ausschlußfristen	44
X. Andere Freistellungsansprüche	44
1. Einzelfälle	45
2. Zusammentreffen von Urlaub und anderen Freistellungsansprüchen	46
D Entstehen des Urlaubsanspruchs	49
I. Allgemeines	49
II. Wartezeit	50
1. Fristberechnung	50
a. Fristbeginn	50
b. Auswirkungen von Sonn- und Feiertagen	51
c. Tatsächliche Arbeitsaufnahme	51
2. Wartezeit und Urlaubsjahr	52
3. Einmalige Erfüllung der Wartezeit	52
4. Beendigung des Arbeitsverhältnisses mit Ablauf der Wartezeit	52
III. Bestehen eines Arbeitsverhältnisses	53
1. Art des Arbeitsverhältnisses	53
2. Änderung des Inhalts des Arbeitsverhältnisses	54
3. Ununterbrochener Bestand des Arbeitsverhältnisses	54
a. Rechtlicher Bestand des Arbeitsverhältnisses	54
b. Unmittelbar anschließende Arbeitsverhältnisse	54
c. Übergang vom Ausbildungs- zum Arbeitsverhältnis	55
d. Unterbrechung bei engem sachlichem Zusammenhang	56
4. Zeiten fehlender Arbeitsleistung	57
5. Ruhen des Arbeitsverhältnisses	57
6. Wartezeit bei Wechsel des Arbeitgebers	58
a. Wechsel des Arbeitsverhältnisses	58
b. Betriebsinhaberwechsel und Gesamtrechtsnachfolge	58
7. Vordienstzeiten und Wartezeit	58

	Seite
IV. Rechtsmißbrauch	59
V. Unabdingbarkeit	59
1. Abweichungen zugunsten des Arbeitnehmers	59
2. Abweichungen zuungunsten des Arbeitnehmers	59
a. Abweichung durch Tarifvertrag	59
b. Abweichung durch Einzelarbeitsvertrag oder Betriebsvereinbarung	60
E Dauer des Urlaubs	61
I. Urlaubsdauer nach Werktagen	61
1. Umrechnung in Arbeitstage	61
a. Keine Anrechnung arbeitsfreier Werktage	62
b. Umrechnung des in Werktagen bemessenen Urlaubsanspruchs	62
2. Berechnungsweise	63
II. Sonntage und gesetzliche Feiertage	63
1. Grundsatz	63
2. Sonn- und Feiertage als Urlaubstage	64
III. Berechnung tariflicher Urlaubsansprüche	65
IV. Urlaubsdauer in Teilzeitarbeitsverhältnissen	66
1. Gleichmäßig verkürzte Arbeitszeit	66
2. Verringerte Zahl der Arbeitstage	66
a. Umrechnung des Urlaubsanspruchs	66
b. Bruchteile von Urlaubstagen	67
3. Urlaubsdauer in KAPOVAZ-Arbeitsverhältnissen	67
V. Flexibilisierte Arbeitszeit	68
1. Berechnungsgrundsätze	68
2. Gesamtjahresarbeitszeit als Berechnungsgrundlage	69
3. Berechnungsweise	69
4. Andere Zeitabschnitte als Berechnungsgrundlage	70
VI. Berechnung des Urlaubs nach Stunden	71
VII. Urlaubsdauer in den neuen Bundesländern	72

	Seite
VIII. Unabdingbarkeit	73
1. Unabdingbarkeit des gesetzlichen Mindestanspruchs	73
2. Regelung der Urlaubsdauer in Tarif- und Einzelarbeitsverträgen	73
IX. Anrechnung von sonstigen arbeitsfreien Zeiten auf den Urlaubsanspruch	74
1. Pflichtwidriges Fernbleiben von der Arbeit	74
2. Freistellung aus besonderem Anlaß	74
3. Zusammentreffen von Urlaub und anderen Freistellungsansprüchen	75
4. Arbeitsbereitschaft	75
5. Streik und Aussperrung	75
6. Kurzarbeit	75
a. Urlaubsgewährung nach Einführung der Kurzarbeit	76
b. Einführung der Kurzarbeit nach zeitlicher Festlegung des Urlaubs	76
7. Annahmeverzug des Arbeitgebers	77
8. Einvernehmliche Anrechnung	78
F Teilurlaub	79
I. Allgemeines	79
II. Urlaubszwölfte lung	79
1. Berechnung nach Beschäftigungsmonaten	79
a. Fristberechnung	80
b. Nicht vollendete Monate	80
c. Rechtlicher Bestand des Arbeitsverhältnisses	81
2. Berechnungsweise	81
III. Teilurlaubsanspruch nach § 5 Abs 1 a BUrlG	81
1. Nichterfüllung der Wartezeit im Urlaubsjahr	81
2. Erfüllung der Wartezeit mit Ablauf des Urlaubsjahres	82
3. Übertragung des Anspruchs gemäß § 7 Abs 3 S 4 BUrlG	83
4. Entstehen und Erfüllung des Anspruchs	84
IV. Teilurlaubsanspruch nach § 5 Abs 1 b BUrlG	85
1. Voraussetzungen	85
2. Entstehen des Anspruchs	85

	Inhalt
	Seite
3. Beendigung des Arbeitsverhältnisses mit Ablauf der Wartezeit	86
4. Übertragung des Anspruchs	86
5. Konkurrenz von Ansprüchen aus § 5 Abs 1 a und b BUrlG	87
V. Teilurlaubsanspruch nach § 5 Abs 1 c BUrlG	87
1. Voraussetzungen	87
2. Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis mit dem 30. Juni	88
3. Inhalt des Anspruchs	88
VI. Unabdingbarkeit	89
1. Tarifvertragliche Regelungen	89
a. Teilurlaubsansprüche nach § 5 Abs 1 a und b BUrlG	89
b. Teilurlaubsansprüche nach § 5 Abs 1 c BUrlG	89
c. Urlaubsansprüche bei Ausscheiden in der zweiten Hälfte des Kalenderjahres	89
2. Regelungen durch Einzelarbeitsvertrag oder Betriebsvereinbarung	90
VII. Bruchteile von Urlaubstagen	90
1. Aufrundung von Bruchteilen	90
2. Keine Abrundung von Bruchteilen	91
3. Keine Anwendung des § 5 Abs 2 BUrlG auf andere Bruchteile	91
4. Unabdingbarkeit	92
VIII. Rückforderung zuviel gezahlten Urlaubsentgelts	92
1. Rückforderungsverbot des § 5 Abs 3 BUrlG	92
2. Kein genereller Ausschluß der Rückforderung	93
3. Bereicherungsrechtliche Ansprüche	94
4. Rückzahlungsklauseln	94
5. Aufrechnung	94
6. Unabdingbarkeit	95
G Erfüllung des Urlaubsanspruchs	97
I. Allgemeines	97

	Seite
II. Fälligkeit des Urlaubsanspruchs	97
1. Fälligkeit mit Entstehen des Anspruchs	97
2. Fälligkeit mit Bestimmung der zeitlichen Lage	98
III. Geltendmachung durch den Arbeitnehmer	99
1. Funktion der Geltendmachung	99
2. Voraussetzungen wirksamer Geltendmachung	100
a. Inhaltliche Eindeutigkeit	100
b. Erfüllbarkeit des Urlaubsanspruchs	100
c. Rechtzeitige Geltendmachung	101
IV. Erfüllungshandlung des Arbeitgebers	102
1. Inhalt und Rechtsnatur der Erklärung	102
2. Bestimmungspflicht des Arbeitgebers	103
a. Eindeutigkeit der Erklärung	103
b. Rechtsfolgen fehlender Eindeutigkeit	104
c. Unterschiedliche Anspruchsgrundlagen für die begehrte Freistellung	104
3. Bestimmung der Urlaubszeit durch den Arbeitgeber	105
a. Direktionsrecht	105
b. Bestimmung der Urlaubszeit nach § 7 Abs 1 BUrlG	105
c. Urlaubswunsch des Arbeitnehmers	106
d. Urlaub im Anschluß an eine Maßnahme der medizinischen Vorsorge oder Rehabilitation	107
4. Leistungsverweigerungsrecht des Arbeitgebers	107
a. Dringende betriebliche Belange	107
b. Urlaubswünsche anderer Arbeitnehmer	108
c. Leistungsverweigerungsrecht	109
5. Annahmeverweigerungsrecht des Arbeitnehmers	110
6. Abdingbarkeit	111
V. Bedeutung der Urlaubsliste und des Urlaubsplans	111
VI. Betriebsferien	111
1. Begriff	111
2. Anordnung der Betriebsferien	112
3. Betriebsferien und fehlender Urlaubsanspruch	112
VII. Zusammenhängende Urlaubserteilung	113
1. Allgemeines	113
2. Anwendungsbereich	113

	Seite
3. Rechtsfolgen eines Verstoßes	114
4. Unabdingbarkeit	114
VIII. Mitbestimmung des Betriebsrats	115
1. Allgemeine Urlaubsgrundsätze und Urlaubsplan	116
a. Allgemeine Urlaubsgrundsätze	116
b. Urlaubsplan	116
2. Betriebsferien	117
3. Festsetzung der zeitlichen Lage des Urlaubs für einzelne Arbeitnehmer	117
IX. Bindung an die zeitliche Festlegung des Urlaubs	118
1. Zeitpunkt der Festsetzung des Urlaubs	119
2. Anfechtung der Festsetzung des Urlaubs	119
3. Widerruf und Rückruf	119
a. Ausschluß des Widerrufs oder Rückrufs	120
b. Andere Lösungsansätze	121
4. Einseitige Änderung durch den Arbeitnehmer	121
5. Anspruch auf Abschluß eines Änderungsvertrages	122
6. Kostenersatz bei Abänderung des Urlaubszeitraums	122
X. Selbstbeurlaubungsrecht des Arbeitnehmers	123
1. Grundsatz	123
2. Rechtsfolgen des unberechtigten Urlaubsantritts	124
XI. Auswirkungen eines Arbeitskampfes auf die Urlaubsgewährung	124
1. Streik	125
a. Urlaubserteilung während des Streiks	125
b. Urlaubsfestlegung oder -antritt vor Streikbeginn	125
2. Aussperrung	126
H Übertragung des Urlaubsanspruchs	129
I. Grundsatz der Bindung des Urlaubs an das Urlaubsjahr	129
II. Befristung des gesetzlichen Urlaubsanspruchs	129
1. Befristung auf das Kalenderjahr	130
2. Befristung auf den Übertragungszeitraum	130
3. Erlöschen des Urlaubsanspruchs	131
a. Erlöschen bei Arbeitsunfähigkeit des Arbeitnehmers	131

	Seite
b. Erlöschen des Urlaubsanspruchs trotz Ungewißheit über den Fortbestand des Arbeitsverhältnisses	133
4. Befreiung des Arbeitgebers von der Leistungspflicht	134
5. Ersatzurlaubsanspruch als Schadenersatz	135
a. Verzug des Arbeitgebers	135
b. Schadenersatzanspruch	136
c. Keine Befristung des Ersatzurlaubsanspruchs	137
d. Entschädigung bei Beendigung des Arbeits- verhältnisses	137
6. Vereinbarkeit mit dem IAO-Übereinkommen Nr 132	137
III. Abweichende Auffassungen	138
IV. Übertragung des Urlaubsanspruchs	139
1. Voraussetzungen der Übertragung	139
a. Dringende betriebliche Gründe	139
b. Gründe in der Person des Arbeitnehmers	140
2. Übertragung kraft Gesetzes	142
3. Erfüllung im Übertragungszeitraum	143
4. Erlöschen mit Ablauf des Übertragungszeitraums	143
V. Übertragung von Teilurlaubs- und Resturlaubsansprüchen	143
1. Teilurlaubsansprüche	143
2. Resturlaubsansprüche	144
3. Kurz vor Ablauf des Kalenderjahres entstehende Urlaubsansprüche	144
VI. Unabdingbarkeit	145
1. Tarifvertragliche Regelungen	145
a. Abweichung zugunsten des Arbeitnehmers	145
b. Abweichung zuungunsten des Arbeitnehmers	146
2. Einzelvertragliche Regelungen, Betriebsvereinbarungen	147
3. Nachgewährung von erloschenen Urlaubsansprüchen	147
4. Urlaub im Vorgriff auf das nächste Kalenderjahr	148
J Auswirkungen von Arbeitsunfähigkeit und Maßnahmen der medizinischen Vorsorge oder Rehabilitation auf den Urlaubsanspruch	149
I. Erkrankung des Arbeitnehmers während des Urlaubs	149
1. Allgemeines	149

	Seite
2. Arbeitsunfähigkeit	150
a. Begriff der Arbeitsunfähigkeit	150
b. Nachweis der Arbeitsunfähigkeit	151
3. Auswirkungen auf das Urlaubsentgelt	152
4. Nachgewährung des Urlaubs	152
5. Erkrankung vor Urlaubsantritt	153
6. Erkrankung vor Festsetzung des Urlaubs	154
7. Krankheitsbedingte Arbeitsunfähigkeit während eines unbezahlten Urlaubs	154
8. Abweichende Vereinbarungen	154
II. Anrechnung von Maßnahmen der medizinischen Vorsorge oder Rehabilitation auf den Urlaubsanspruch	155
1. Allgemeines	155
a. Gesetzliche Neuregelung	155
b. Rechtslage vor dem 01.06. 1994	155
2. Maßnahmen der medizinischen Vorsorge oder Rehabilitation	156
3. Ärztlich verordnete Schonungszeiten	157
a. Arbeitsunfähigkeit während der Schonungszeit	157
b. Keine Arbeitsunfähigkeit während der Schonungszeit	157
4. Ausschluß der Anrechnung	158
5. Voraussetzungen der Anrechnung	159
6. Durchführung der Anrechnung	160
7. Nachträgliche Anrechnung	161
8. Abweichende Vereinbarungen	162
K Abgeltung des Urlaubs	163
I. Voraussetzungen der Urlaubsabgeltung	163
1. Beendigung des Arbeitsverhältnisses	164
2. Bestehen eines Urlaubsanspruchs	164
3. Abgeltung eines Ersatzurlaubsanspruchs	165
II. Merkmale des Urlaubsabgeltungsanspruchs	165
1. Surrogat des Urlaubsanspruchs	165
2. Befristung des Urlaubsabgeltungsanspruchs	166
3. Erfüllbarkeit des Urlaubsabgeltungsanspruchs	167
a. Urlaubsabgeltung bei Arbeitsunfähigkeit	167
b. Urlaubsabgeltung bei Erwerbsunfähigkeit	168
4. Schadenersatzanspruch	169

	Seite
5. Urlaubsabgeltung und Rechtsmißbrauch	170
6. Vereinbarkeit mit den Regelungen des IAO-Übereinkommens Nr 132	170
III. Abweichende Auffassungen	171
IV. Übertragbarkeit des Urlaubsabgeltungsanspruchs	172
1. Vererblichkeit des Urlaubsabgeltungsanspruchs	172
a. Beendigung des Arbeitsverhältnisses durch Tod des Arbeitnehmers	172
b. Vererblichkeit eines bereits entstandenen Urlaubsabgeltungsanspruchs	172
c. Tarifliche Ersatzleistung für einen erloschenen Urlaubsanspruch	173
d. Vererblichkeit eines Schadenersatzanspruchs	173
2. Pfändbarkeit und Abtretbarkeit des Urlaubsabgeltungsanspruchs	173
V. Berechnung der Urlaubsabgeltung	174
VI. Steuer- und sozialrechtliche Folgen der Urlaubsabgeltung	174
VII. Verjährung, Ausschlußfristen	174
VIII. Unabdingbarkeit des Urlaubsabgeltungsanspruchs	176
1. Verzicht, Vergleich	176
2. Abweichende Regelungen	176
a. Abweichungen zugunsten des Arbeitnehmers	176
b. Abweichungen zuungunsten des Arbeitnehmers	177
IX. Abgeltungsverbot im bestehenden Arbeitsverhältnis	178
1. Grundsatz	178
2. Folgen eines Verstoßes gegen das Abgeltungsverbot	179
3. Unabdingbarkeit	179
L. Urlaubsentgelt	181
I. Allgemeines	181
1. Anspruchsgrundlage	181
2. Faktoren für die Berechnung des Lohnfortzahlungsanspruchs	182

	Seite
3. Bemessung des Urlaubsentgelts nach § 11 BUrlG	183
II. Arbeitsverdienst	184
1. Allgemeines	184
a. Arbeitsverdienst im Sinne des § 11 Abs 1 BUrlG	184
b. Nicht einzubeziehende Zahlungen	184
2. Lohn – Gehalt	185
3. Zulagen	185
4. Mehrarbeit – Überstunden	186
5. Bezahlte Arbeitspausen	186
6. Sonderformen des Entgelts	187
a. Akkordlohn	187
b. Prämien	187
c. Provisionen	187
d. Umsatz- und Gewinnbeteiligungen, Tantiemen	189
e. Bedienungsprozente	189
f. Sachbezüge	190
7. Einmalige Leistungen	190
8. Vermögenswirksame Leistungen	190
9. Aufwendungsersatz – Auslösungen	191
10. Zahlungen durch Dritte	191
III. Berechnung des Arbeitsverdienstes	191
1. Arbeitsverdienst im Referenzzeitraum	192
2. Durchschnittlicher Arbeitsverdienst	193
a. Berechnung bei gleichmäßig verkürzter Arbeitszeit	193
b. Berechnung bei flexibilisierter Arbeitszeit	194
c. Berechnung bei Teilzeitbeschäftigung	195
IV. Auswirkungen von Verdiensterhöhungen	196
V. Auswirkungen von Verdienstkürzungen	197
1. Kurzarbeit	197
a. Kurzarbeit im Berechnungszeitraum	197
b. Kurzarbeit im Urlaubszeitraum	198
2. Arbeitsausfälle	199
3. Unverschuldete Arbeitsversäumnis	199
4. Arbeitskampf	200
a. Arbeitskampf im Bezugszeitraum	200
b. Arbeitskampf im Urlaubszeitraum	201

	Seite
VI. Fälligkeit des Anspruchs auf Urlaubsentgelt	202
1. Fälligkeit nach § 11 Abs 2 BUrlG	202
2. Abweichende Vereinbarungen	203
VII. Unabdingbarkeit	203
1. Allgemeines	203
2. Lebensstandardprinzip	204
3. Zulässige Abweichungen	205
4. Regelungen durch Einzelarbeitsvertrag und Betriebsvereinbarung	205
5. Tariflicher oder einzelvertraglicher Mehrurlaub	206
VIII. Urlaubsgeld	206
1. Rechtsgrundlage	206
2. Urlaubsgeld für Zusatzurlaub	207
3. Urlaubsgewährung im Übertragungszeitraum	207
4. Teilzeitbeschäftigte	207
5. Mitbestimmung des Betriebsrats	208
IX. Übertragbarkeit des Urlaubsentgelt- und des Urlaubsgeldanspruchs	208
1. Urlaubsentgelt	208
2. Urlaubsgeld	209
X. Verzicht, Verwirkung, Verjährung	209
1. Verzicht	209
2. Verwirkung	209
3. Verjährung	210
M Urlaub und Kündigung	211
I. Urlaubsgewährung in der Kündigungsfrist	211
1. Kein Selbstbeurlaubungsrecht des Arbeitnehmers	211
2. Urlaubsgewährung durch den Arbeitgeber	212
a. Zeitliche Festlegung nach § 7 Abs 1 BUrlG	212
b. Urlaubswunsch des Arbeitnehmers	212
c. Teilungsverbot bei Urlaubsgewährung in der Kündigungsfrist	213
3. Freistellung unter Anrechnung auf den Urlaub	213

	Seite
II. Abgeltung des Urlaubs	214
III. Urlaubsansprüche bei Weiterbeschäftigung während des Kündigungsrechtsstreits	214
1. Vereinbarung der Weiterbeschäftigung	214
2. Weiterbeschäftigung nach § 102 Abs 5 BetrVG	215
3. Weiterbeschäftigung zur Abwendung der Zwangsvollstreckung	215
IV. Urlaubsansprüche ohne Weiterbeschäftigung während des Kündigungsrechtsstreits	216
1. Rechtskräftige Feststellung der Unwirksamkeit der Kündigung	216
a. Geltendmachung während des Kündigungsrechtsstreits	216
b. Abweichende Auffassungen	218
2. Keine nachträgliche Anrechnung	218
3. Vorsorgliche Urlaubserteilung während des Annahmeverzugs	219
V. Rechtskräftige Klageabweisung	219
N Urlaub bei Arbeitsplatzwechsel und Betriebsübergang	221
I. Arbeitsplatzwechsel	221
1. Ausschluß von Doppelansprüchen	221
a. Anwendungsbereich des § 6 Abs 1 BUrlG	222
b. Urlaubsgewährung für das Kalenderjahr	222
c. Gewährter Urlaub	223
d. Abgegoltener Urlaub	223
2. Zeitliche Konkurrenz von Urlaubsansprüchen	223
a. Ansprüche für den gleichen Zeitraum	223
b. Teilurlaubsansprüche in den beiden Arbeitsverhältnissen	224
c. Doppelarbeitsverhältnis, Betriebsübergang	224
3. Anrechnung	224
a. Umrechnung verschiedener Bezugsgrößen der Urlaubsansprüche	224
b. Berechnung der Doppelansprüche	225
c. Gleiche Urlaubsdauer in beiden Arbeitsverhältnissen	225

	Seite
d. Unterschiedliche Urlaubsdauer in beiden Arbeits- verhältnissen	225
4. Anrechnungsbefugnis des früheren Arbeitgebers	226
5. Darlegungs- und Beweislast	227
6. Urlaubsbescheinigung	227
II. Urlaubsansprüche bei Betriebsübergang	228
1. Urlaubsansprüche	229
a. Anspruch gegen den Erwerber	229
b. Anspruch gegen den Veräußerer	229
c. Geltendmachung vor Betriebsübergang	229
2. Urlaubsentgeltansprüche	230
a. Anspruch gegen den Erwerber	230
b. Anspruch gegen den Veräußerer	230
3. Abgeltungsansprüche	231
4. Ausgleich zwischen Veräußerer und Erwerber	231
O Erwerbstätigkeit während des Urlaubs	233
I. Anwendungsbereich	233
II. Inhalt der Verpflichtung	234
1. Verbotene Erwerbstätigkeit	234
2. Nicht erfaßte Tätigkeiten	234
3. Abgrenzung im Einzelfall	234
III. Folgen eines Verstoßes gegen § 8 BUrlG	235
1. Keine Nichtigkeit entgegenstehender Verträge	235
2. Anspruch des Arbeitgebers auf Unterlassung und Schadenersatz	235
3. Kündigung	235
4. Auswirkung auf den Urlaubs- und Urlaubsentgelt- anspruch	235
IV. Unabdingbarkeit	236
P Abweichungen vom BUrlG durch Tarifvertrag, Betriebsvereinbarung und Einzelarbeitsvertrag	239
I. Allgemeines	239

	Seite
II. Vorrang des Tarifvertrages	240
1. Grundsatz	240
2. Günstigere Regelungen	240
3. Ungünstigere Regelungen	241
4. Günstigkeitsvergleich	242
III. Voraussetzungen des Tarifvorrangs	244
1. Geltungsbereich des Tarifvertrages	244
2. Tarifbindung	244
3. Einzelvertragliche Übernahme der tariflichen Urlaubsregelung	244
4. Übernahme der einschlägigen tariflichen Regelung	245
5. Übernahme der gesamten tariflichen Urlaubsregelung	245
6. Vorrangprinzip und nachwirkender Tarifvertrag	246
7. Übernahme der tariflichen Regelung durch Betriebsvereinbarung	246
IV. Abweichungen vom BUrlG durch Betriebsvereinbarung und Einzelarbeitsvertrag	247
1. Betriebsvereinbarung	247
2. Einzelarbeitsvertrag	248
V. Prüfungsschema	248
VI. Sonderregelungen	249
1. Baugewerbe	249
2. Deutsche Bahn AG und Deutsche Bundespost	251
Q Urlaubsansprüche im Konkurs des Arbeitgebers	253
I. Urlaubsanspruch	253
II. Urlaubsentgeltanspruch	253
1. Urlaubsgewährung nach Konkurseröffnung	254
2. Urlaubsentgeltansprüche aus der Zeit vor Konkurseröffnung	254
3. Konkurseröffnung während des Urlaubs	254
III. Urlaubsabgeltungsanspruch	255
1. Beendigung des Arbeitsverhältnisses nach Konkurs- eröffnung	255

	Seite
a. Konkursrechtliche Einordnung als Masseschuld	255
b. Keine Zuordnung zu Zeiträumen vor oder nach Konkursöffnung	255
c. Irrtümliche Eintragung in die Konkurstabelle	255
2. Beendigung des Arbeitsverhältnisses vor Konkursöffnung	256
IV. Konkursausfallgeld	256
R Durchsetzung des Urlaubsanspruchs	259
I. Kein Selbstbeurlaubungsrecht des Arbeitnehmers	259
II. Klage auf Urlaubsgewährung	259
1. Streit über Bestehen oder Höhe eines Urlaubsanspruchs	259
a. Leistungsklage ohne Bestimmung des Urlaubszeitraums	260
b. Feststellungsklage	261
2. Streit über die zeitliche Festlegung des Urlaubs	262
a. Leistungsklage	262
b. Gestaltungsklage	262
3. Streit über die Erfüllungswirkung	263
4. Praktische Probleme	263
III. Einstweilige Verfügung	264
1. Zulässigkeit der einstweiligen Verfügung	264
2. Voraussetzungen der einstweiligen Verfügung	265
3. Entscheidung über die einstweilige Verfügung	266
IV. Klage auf Urlaubsentgelt, Urlaubsgeld, Urlaubsabgeltung	266
► Änderungen des Urlaubsrechts durch das Arbeitsgerichtliche Gesetz zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung (Arbeitsrechtliches Beschäftigungsförderungsgesetz) <i>im Anhang S 397</i>	
Teil 2: Besondere Urlaubsbestimmungen	267
A Urlaubsregelungen für bestimmte Arbeitnehmergruppen	269

	Seite
I. Urlaub Jugendlicher nach dem JArbSchG	269
1. Geltungsbereich	269
2. Kinder	269
3. Urlaubsdauer	270
4. Berufsschulunterricht	272
5. Anwendung des BUrlG	272
6. Bußgeld- und Strafvorschriften	273
II. Zusatzurlaub Schwerbehinderter nach dem SchwbG	273
1. Voraussetzungen	273
2. Abhängigkeit vom Grundurlaub	274
3. Dauer des Zusatzurlaubs	275
4. Urlaubsentgelt	276
5. Geltendmachung des Anspruchs	277
6. Zusammentreffen mit anderen Regelungen	277
7. Wegfall der Voraussetzungen	278
8. Zusatzurlaub für schwerbehinderte Heimarbeiter	278
III. Erziehungsurlaub nach dem BErzGG	278
1. Voraussetzungen	278
2. Inanspruchnahme des Erziehungsurlaubs	279
3. Dauer des Erziehungsurlaubs	281
4. Teilzeitarbeit während des Erziehungsurlaubs	282
5. Auswirkungen des Erziehungsurlaubs	282
6. Kündigung während des Erziehungsurlaubs	284
7. Befristete Einstellung von Ersatzkräften	286
IV. Urlaub der Heimarbeiter	286
1. Sonderregelung in §12 BUrlG	286
2. Urlaubsanspruch	288
3. Urlaubsentgelt	288
4. Nicht ständig Beschäftigte	289
5. Hausgewerbetreibende und Gleichgestellte	290
6. Zwischenmeister	290
7. Schwerbehinderte	290
8. Jugendliche Heimarbeiter	290
9. Entgeltbelange und Entgeltsicherung	291
10. Betriebsarbeiter	291
V. Urlaub für Seeleute nach dem SeemG	291
1. Geltungsbereich	291
2. Besatzungsmitglieder	292

	Seite
3. Urlaubsanspruch	292
4. Urlaubsdauer	292
5. Urlaubsgewährung	293
6. Heimaturlaub	294
7. Urlaubsentgelt	294
8. Urlaubsabgeltung	295
VI. Urlaub bei Grundwehrdienst, Zivildienst, Wehr- und Eignungsübungen nach dem ArbZPISchG und dem EignungsÜbG	295
1. Grundwehrdienst	295
2. Zivildienst	298
3. Wehrübungen	298
4. Eignungsübungen	298
B Bildungsurlaub	301
I. Einführung	301
1. Entwicklung	301
2. Berufliche und politische Weiterbildung	302
II. Gesetzgebung zum Bildungsurlaub	304
III. Gemeinsame Erläuterungen zu den landesgesetzlichen Regelungen	305
1. Zweck und Inhalt des Anspruchs	305
2. Anspruchsberechtigte	306
3. Anspruchsvoraussetzungen	306
4. Prüfung des Anspruchs	307
5. Anspruchsdauer	308
6. Geltendmachung und Verfall	309
7. Verhältnis zu sonstigen Freistellungen	309
8. Verbot anderweitiger Erwerbstätigkeit	310
9. Unabdingbarkeit und Benachteiligungsverbot	310
10. Mitbestimmung des Betriebsrats	310
11. Rechtsschutzmöglichkeiten	310
12. Erholungsurlaub bzw unbezahlter Sonderurlaub	311
13. Bildungsurlaub im gekündigten oder befristeten Arbeitsverhältnis	311

	Seite
IV. Besonderheiten der Landes-Bildungsurlaubsgesetze	311
1. Berlin	311
2. Brandenburg	312
3. Bremen	313
4. Hamburg	314
5. Hessen	315
6. Niedersachsen	316
7. Nordrhein-Westfalen	318
8. Rheinland-Pfalz	327
9. Saarland	328
10. Schleswig-Holstein	329

Teil 3: Muster 333

I. Muster: Antrag auf Bildungsurlaub	335
II. Muster: Genehmigung des Bildungsurlaubs	336
III. Muster: Ablehnung des Freistellungsantrags	337
IV. Muster: Bescheinigung über gewährten Bildungsurlaub	338

Teil 4: Rechtsvorschriften 339

➤ Bundesurlaubsgesetz	341
➤ Bundeserziehungsgeldgesetz	347
➤ Arbeitsplatzschutzgesetz	361
➤ Eignungsübungsgesetz (Auszug)	375
➤ VO zum Eignungsübungsgesetz	377
➤ Jugendarbeitsschutzgesetz (Auszug)	381
➤ Schwerbehindertengesetz (Auszug)	383
➤ Seemannsgesetz (Auszug)	387
➤ Zivildienstgesetz (Auszug)	393

	Seite
Anhang	397
Änderungen des Urlaubsrechts durch das Arbeitsrechtliche Gesetz zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung (Arbeitsrechtliches Beschäftigungsförderungsgesetz) vom 25.09. 1996	399
I. Änderung der gesetzlichen Vorschriften	399
II. Änderung des § 10 BUrlG	401
1. Rechtslage nach § 10 BUrlG in der seit 01.06. 1994 geltenden Fassung	401
2. Anrechnung von Maßnahmen der medizinischen Vorsorge oder Rehabilitation auf den Urlaubsanspruch gem § 10 BUrlG nF	401
a. Inhalt der gesetzlichen Neuregelung	401
b. Keine Anrechnung auf den gesetzlichen Mindesturlaub	402
c. Durchführung der Anrechnung	402
d. Anrechnung auf den Urlaubsanspruch des folgenden Kalenderjahres	403
e. Überleitungsregelung	403
III. Änderung des § 11 Abs 1 BUrlG	404
IV. Anrechnung von Zeiten der Arbeitsunfähigkeit auf den Urlaubsanspruch nach § 4 a EFZG	404
Stichwortverzeichnis	407